

tungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionsstimmen **angenommen** und der **Einzelplan 11 verabschiedet**.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir wenden uns jetzt noch einmal dem **Einzelplan 14** zu, zu dem vorhin wegen der Mittagspause die **Abstimmung** verschoben wurde. Dazu liegt uns die Beschlussempfehlung Drucksache 14/10214 vor. Weiterhin liegen uns wiederum Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den laufenden Nummern 71 bis 79 der Tischvorlage vor. Über diese Änderungsanträge stimmen wir zuerst ab, bevor wir später über die Beschlussempfehlung abstimmen. Ich beginne mit der Abstimmung.

**Änderungsantrag Drucksache 14/10321** der Grünen. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – SPD-Fraktion. Dieser Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

**Änderungsantrag Drucksache 14/10322** der Grünen. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Herr Sagel. Dieser Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

**Änderungsantrag Drucksache 14/10323** der Grünen. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU, SPD und FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag Drucksache 14/10324** der Grünen. Wer ist für den Antrag? – Das sind die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Herr Sagel. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag Drucksache 14/10325** der Grünen. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU, SPD und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag Drucksache 14/10326** der Grünen. Wer ist für den Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU, SPD und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Herr Sagel. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10327** ab. Wer ist für den Antrag? – Das sind Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10328** ab. Wer ist für den Antrag? – Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU, SPD und FDP. – Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10329** ab. – Wer ist für den Antrag? Das sind die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? SPD und Herr Sagel. – Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über die **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 14/10214** ab. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Grüne und Herr Sagel. – Damit ist die Beschlussempfehlung mit der Mehrheit der Stimmen von CDU und FDP **angenommen** und somit **Einzelplan 14 verabschiedet**.

Wir kommen zu:

#### **Einzelplan 10 Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Dieser Einzelplan umfasst die Teilbereiche „Umwelt und Naturschutz“, „Verbraucherschutz“ und „Landwirtschaft“.

Es gibt eine Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 14/10210 sowie Änderungsanträge von Bündnis 90/Die Grünen.

Ich eröffne die Beratung, und zwar über alle drei Teilbereiche zusammen. Für die SPD-Fraktion eröffnet Frau Kollegin Schulze die Debatte. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Svenja Schulze** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Haushalt für den Einzelplan 10 haben CDU und FDP ihren letzten Haushalt vorgelegt. Das ist eine gute Gelegenheit, Bilanz zu ziehen: Was ist eigentlich beim Klimaschutz, bei der Umweltpolitik und in der Verbraucherpolitik passiert?

Zusammenfassen kann man das für diese Regierung so: Da herrscht einfach nur Ideenlosigkeit. In NRW kann ein CDU-Umweltminister nur berichten, dass der Umweltetat die Melkkuh für sämtliche Finanzlöcher ist, dass selbst der Wald von der Regierung verkauft wird, dass es um einen großen Ausverkauf geht statt um ein Annehmen großer Herausforderungen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es gibt kein positives Projekt, das man mit dieser Regierung verbindet. Sie haben nur das gemacht, was unbedingt sein musste, was sich nicht vermeiden ließ, und das haben Sie auch noch falsch gemacht.

Wenn man sich die Bilanz ein bisschen genauer ansieht, zum Beispiel beim Klimaschutz, hat man Eindruck, Sie haben sich die Deutsche Bundesbahn

zum Vorbild genommen: Alle reden vom Klimaschutz – wir nicht. Sie haben das nur falsch verstanden. Sie reden nicht davon, und Sie tun leider in diesem Bereich auch nichts.

Seit 2005 gibt es weniger Mittel, weniger Personal und weniger Ideen für den Klimaschutz. Sie bieten nicht mehr als heiße Luft. In Ihrer Regierungszeit – das haben wir heute Morgen schon mal diskutiert – sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen gestiegen und nicht gesunken. Statt Investitionen in Jobs, in erneuerbare Energien vorzunehmen, fahren Sie eine irrationale Politik gegen die erneuerbaren Energien, und statt der Sorge um die schönen Landschaften in Nordrhein-Westfalen gibt es bei Ihnen den Ausverkauf des Waldes an die Privaten.

NRW wird auch national und international abgehängt. Ein Sinnbild dafür ist insbesondere der Vergleich der Bundesländer im Bereich erneuerbare Energien, bei dem Nordrhein-Westfalen jetzt auf dem Platz 12 gelandet ist. Es ist nicht nur schlimm für den Umweltschutz, sondern wir verpassen auch den technologischen Fortschritt, wir verpassen den wirtschaftlichen Wandel.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mit Umwelttechnik und Klimaschutz könnten wir die Märkte der Zukunft erobern. In NRW wird diese Politik verschlafen. Sie verspielen die gute Basis, die wir hier über viele Jahre aufgebaut haben. Besonders merkwürdig ist dabei eine Art Rot-Grün-Blindheit, die Sie befallen hat. Normalerweise sehen Kranke diese Farben beide zusammen. Bei Ihnen ist es so, dass diese Farben möglichst ganz getilgt werden sollen. Rot-grüne Projekte der Vergangenheit werden bei Ihnen einfach traditionell gekürzt,

(Demonstrativer Beifall von Friedhelm Ortgies [CDU])

ohne einen Blick darauf zu werfen, ob sie sinnvoll sind, ob sie nötig sind und ob sie NRW vielleicht nach vorne bringen. Die Folge davon ist ganz eindeutig: Stillstand und Rückschritt.

Schauen wir uns doch einmal die Bereiche an, die dem Minister angeblich ganz besonders am Herzen liegen, zum Beispiel den Flächenverbrauch. Er hat uns erklärt, das ist ein Projekt, das ihm sehr am Herzen liegt und um das er sich kümmern will. Bilanz Ihrer Regierungszeit: Die Bodenversiegelung ist von 5,2 ha auf 8,5 ha pro Tag, also um fast zwei Drittel, gestiegen. Der Flächenverbrauch hat sich von 13 ha auf 15 ha täglich erhöht; das sind 15 % mehr. Also: Selbst da, wo es Ihnen wichtig zu sein scheint, kommen Sie mit Ihrem Politikansatz nicht weiter.

Noch schlimmer ist es in den Bereichen, die Ihnen noch nicht einmal wichtig sind. Schauen wir uns den Naturschutz an! In Nordrhein-Westfalen sind fast eine halbe Million Menschen aktiv, die ehrenamtlich Naturschutzarbeit leisten. Man sollte meinen, das

sollte einem Minister, der den Naturschutz im Titel trägt, wichtig sein. Aber nein, Sie kürzen beim Ehrenamt, Sie kürzen bei den Ehrenamtlichen. Das Landesbüro der Naturschutzverbände bekommt im Vergleich zu 2005 immer noch zu wenig Geld. Sie kürzen bei der Stiftung Naturschutz und Heimatpflege. Das Ehrenamt im Naturschutz ist Ihnen so wenig wert, dass Sie noch nicht einmal bereit sind, auch nur geringe Mittel einzubringen.

Der Umweltetat ist bei Ihnen in erster Linie ein Steinbruch für Haushaltskonsolidierung. In Nordrhein-Westfalen wird der Staatswald verkauft. Darauf wird meine Kollegin gleich noch eingehen. Sie betreiben einen Ausverkauf des Waldes. Sie verschern das Tafelsilber von Nordrhein-Westfalen. Sie verkaufen an Private, und die Gewinne, die wir mit dem Wald erzielen konnten, werden zukünftig an Private gehen. Dieser Wald ist unwiderruflich für die folgenden Generationen in Nordrhein-Westfalen verloren. Und dort, wo Sie nicht verkaufen – das konnten wir uns in Sundern sehr schön ansehen –, lassen Sie das RWE den Wald umpflügen, sodass da in den nächsten Jahren nichts mehr wachsen wird.

Sie haben keine Ideen für den Umweltschutz. Sie haben keine Ideen für den Naturschutz.

Sehen wir uns dann vielleicht einmal an, was Sie bei der Verbraucherpolitik gemacht haben. Das lässt sich für den Verbraucherschutz ebenso durchdeklinieren wie für den anderen Bereich – frei nach Faust –: Die Worte hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Vor ein paar Wochen lobten Sie sich hier noch und sagten, der Agrarausschuss des Bundesrates dürfe jetzt auch den Titel „Verbraucherpolitik“ führen. Das kostet erst einmal nichts und hört sich auch gut an. Nur ist es in Wirklichkeit das Einzige, was Ihnen zur Verbraucherpolitik einfällt.

Schauen wir uns den Haushaltsansatz an. Was ist da seit 2005 passiert? 2005 betrug die Förderung noch 13,73 Millionen €, heute sind es 11,27 Millionen €. Das ist deutlicher weniger Geld. Sie haben gekürzt. Wir freuen uns, dass Sie nach den radikalen Kürzungsorgien den Ansatz jetzt wieder um 500.000 € für die drei Beratungsstellen erhöht haben. Aber insgesamt festzuhalten: Sie kürzen, Sie tricksen, Sie täuschen. Sie tun lediglich so, als würden Sie in dem Bereich etwas machen. Die Menschen werden merken, dass Sie die Mittel zunächst absenken und sie dann wieder ein bisschen erhöhen. Die Menschen lassen sich von Ihnen nicht täuschen. Sie lassen sich durch Trickserien und Etikettenschwindel nicht ..., sie lassen sich nicht hinters Licht führen.

(Beifall von der SPD)

Sie können noch so sehr versuchen, da zu blenden. – Sie haben gemerkt, dass ich versucht habe, ein bestimmtes Wort zu vermeiden.

In der gestrigen Diskussion ist mir eines ganz besonders aufgefallen: Sie verlängern das Gesetz für das Wasserentnahmeentgelt und feiern sich hier für die angebliche Abschaffung. Wenn Sie das Gesetz abschaffen wollten, hätten Sie es einfach auslaufen lassen können. Dann gäbe es das Gesetz Ende des Monats nicht mehr. Sie behaupten, Sie würden es abschaffen. Auch hier wieder tricken, täuschen und Etikettenschwindel.

Was mich ganz besonders ärgert, ist, wie Sie das Abschmelzen, das Sie jetzt vornehmen, finanzieren. Das ist überhaupt nicht nachhaltig. Herr Thomas Trampe-Brinkmann wird später beim Einzelplan 12 noch darauf eingehen. Im nächsten Haushalt fehlen Ihnen 9 Millionen €, weil Sie das Wasserentnahmeentgelt jetzt um 10 % reduzieren. Woher kommt dieses Geld? Sie nehmen es aus den Versorgungsrücklagen für die Beamtinnen und Beamten in diesem Land. Sie kürzen die Rücklagen für die Versorgung! Das heißt, Sie machen eine Politik auf Kosten der folgenden Generationen.

(Marie-Luise Fasse [CDU]: Die haben wir doch selbst wieder aufgefüllt!)

Und dafür lassen Sie sich hier feiern. Das ist eine absolute Unverschämtheit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, man kann es ganz einfach zusammenfassen: Der Umweltetat ist die schwarz-gelbe Melkkuh. Aus diesem Etat wird immer nur Geld herausgenommen. Die Beschäftigten im Umweltbereich sind Ihnen in Wirklichkeit nur lästig. Sie haben keine Ideen für die Umweltpolitik der Zukunft. Sie haben keine Ideen für den Naturschutz. Sie haben schon gar keine Ideen für die Verbraucherpolitik.

Einzelplan 10 ist der Steinbruch, aus dem man das Geld herausnimmt. Sie brechen damit mit einer Tradition in diesem Land und verspielen die Zukunftschancen von Nordrhein-Westfalen. Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen wird schlecht regiert. Das muss und wird sich ändern. NRW kann es besser. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze. – Jetzt hat für die CDU-Fraktion Frau Abgeordnete Fasse das Wort.

**Marie-Luise Fasse (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der eingeschlagene Weg der Konsolidierung wird auch im kommenden Jahr weiter verfolgt. Auch in Zeiten der Wirtschaftskrise werden die Haushaltsmittel auf Schwerpunkte konzentriert und damit zukunftsorientiert eingesetzt. Durch Einsparungen und Einnahmeverbesserungen

können in den entscheidenden politischen Schwerpunkten die Mittel sogar aufgestockt werden.

Umweltpolitik ist eine Kernaufgabe, der sich die Koalitionsfraktionen stellen. Umweltpolitik ist Zukunftspolitik. Es wird alles dafür getan, dass Menschen und Tierwelt sich in Zukunft bei natürlichen Lebensgrundlagen in abwechslungsreichen Landschaften und in intakter Umwelt wohlfühlen und entwickeln können.

Obwohl sich die Gesamtausgaben im Einzelplan 10 um 27,9 Millionen € verringert haben, bleiben entscheidende Bereiche von Kürzungen ausgenommen. Nordrhein-Westfalen ist und bleibt Innovationsstandort. Wir sind führend im Bereich der Umwelttechnologien, die ein entscheidender Wachstumsmarkt der Zukunft sind, Frau Schulze.

(Svenja Schulze [SPD]: Das sind sie aber trotz Ihrer Politik!)

Unser Land ist mit einem Umsatz von jährlich 45 Milliarden € und mit 250.000 Arbeitsplätzen der Spitzenreiter in Deutschland. Wir wollen für die Zukunft verstärkt sicherstellen, dass in Nordrhein-Westfalen weiter Spitzenforschung und Spitzentechnologie stattfinden können; denn Fortschritt im Bereich der Umwelt- und Energietechnologie bedeutet die Sicherung von Arbeitsplätzen und dient damit der Verbesserung von Klima und Umwelt.

Der Zweite Umweltbericht dokumentiert eindrucksvoll die erfolgreiche Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen. Der 400 Seiten umfassende Bericht enthält umfangreiche Informationen zur Umwelt in Nordrhein-Westfalen und befasst sich mit klassischen Themen wie Luft, Wasser, Boden, Abfall und Naturschutz. Hinzu gekommen sind neue Herausforderungen, etwa die Folgen des Klimawandels oder die Reduzierung des Flächenverbrauchs.

Die ausführliche Datensammlung und die Erkenntnisweitergabe sind Basis für den von uns angestrebten Dialog mit den Menschen und der Wirtschaft über die Herausforderungen in der Umweltpolitik. Besonders erfreulich ist die Darstellung der laufenden Maßnahmen, die zeigen, dass Minister Uhlenberg die Zukunftsaufgaben erfolgreich anpackt. Dazu gehören die Anpassung an den Klimawandel, die Gewässer Reinhaltung, die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, die Kooperation mit Gewässer- und Landwirtschaft, die Kooperation in der Altlastensanierung, die Verbesserung der Luftqualität durch die Einrichtung von Luftreinhalteplänen, die Bildung für nachhaltige Entwicklung, so auch die Beteiligung an der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005 bis 2014“, und das Umweltmanagementprogramm ÖKOPROFIT.

Einen weiteren Beitrag des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen für die Umwelt und für die Sicherheit der Menschen stellt die Umsetzung eines Pipeline-Katasters dar.

(Jürgen Unruhe [SPD]: Oh, darauf warten wir aber schon länger!)

Nordrhein-Westfalen baut als erstes Bundesland ein elektronisches Kataster für Pipelines auf.

Darüber hinaus ist Nordrhein-Westfalen führend im Bereich der Klimaanpassung. Die Landesregierung hat mit der Vorlage einer „Strategie zur Anpassung an den Klimawandel“ einen umfassenden Überblick über die verfügbaren Informationen für ein vorausschauendes Handeln vorgelegt. Bei der zukünftigen Umsetzung konkreter Maßnahmen wird besonderer Wert auf die Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten von Nordrhein-Westfalen als Industriestandort und Energieland gelegt.

Bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie sind wir ebenfalls im Zeitplan. Das ehrgeizige Maßnahmenprogramm ist im Dialog mit allen Beteiligten entwickelt worden und wird als ausgewogen anerkannt.

Bis zum Jahr 2027 sollen mehr als 2 Milliarden € für Gewässer-, Arten- und Naturschutz investiert werden. Hier handelt es sich um das größte Umweltprogramm in der Geschichte Nordrhein-Westfalens.

Nordrhein-Westfalen hat den zielführenden Weg beschritten, die Umwelt auch in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu schützen. Die Effizienzagentur Nordrhein-Westfalen hilft kleinen und mittleren Unternehmen, die Ressourceneffizienz weiterzuentwickeln und zu verbessern. Auf diese Weise werden nachhaltiges Wirtschaften und Umweltschutz auch praktisch unterstützt. Umweltmanagementsysteme und das Ökoprot-Projekt fördern zudem nachhaltig diese Bemühungen.

Meine Damen und Herren, Mittel auch zum weiteren Ausbau der Umwelttechnikbranche sieht der Haushalt vor. Im Cluster Umwelttechnologie Nordrhein-Westfalen werden die Anstrengungen gebündelt, um die Innovationsfähigkeit der Unternehmen zu stärken und deren Geschäftstüchtigkeit über die Grenzen des Landes hinaus international zu fördern. Dies dient insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen, denen so der Zugang zu neuen Märkten eröffnet wird.

Zum Naturschutz: Von den Haushaltsmitteln – Frau Schulze ist vorhin schon kurz darauf eingegangen – in Höhe von 17,7 Millionen € stehen im Jahr 2010 5 Millionen € für Naturschutz und Landschaftsentwicklung im Rahmen der Regionale 2010 zur Verfügung.

(Jürgen Unruhe [SPD]: Das sind EU-Mittel!)

Des Weiteren ist vorgesehen, den landesweiten Biotopverbund auszubauen. Arten- und Lebensräume werden nach dem FFH-Bericht verbessert, Naturschutzgebiete von überregionaler und europäischer Bedeutung werden entsprechend den einschlägigen Richtlinien gemanagt, gesichert und überwacht. Die Kofinanzierung von investiven

Maßnahmen beim Biotop- und Artenschutz durch die EU ist ebenso gesichert wie der EU-kofinanzierte Vertragsnaturschutz sowie Ausgleichszahlungen in FFH- und Vogelschutzgebieten.

Europäische Naturschutzgroßprojekte wie „LIFE+“ und „LIFE-Natur“ werden vom Land weiterhin gefördert. Auf diese Weise werden bekannte Projekte wie „Natura 2000“ gemeinsam mit allen Akteuren umgesetzt. Im Naturschutz behalten auch die Biologischen Stationen eine wichtige Rolle. Im Jahre 2010 werden sie, wie bereits 2007 zugesichert, zuverlässig gefördert.

Wichtige Arbeit im Bereich der Umweltbildung leistet die Stiftung Umwelt und Entwicklung, der im kommenden Jahr 2,3 Millionen € zur Verfügung stehen werden. Dadurch wird vor allem praktisches und ehrenamtliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger gefördert, Frau Schulze.

Ich komme zum Verbraucherschutz. In der gegenwärtigen Krise kommt dem Verbraucherschutz eine hohe Bedeutung zu. Die Verbraucherzentralen erfahren einen wachsenden Beratungsbedarf. Um diesem Bedarf nachkommen zu können, sieht der Haushaltsentwurf für die institutionelle Förderung der Verbraucherzentralen – dies haben Sie richtig ausgeführt – 965 Millionen € vor.

(Svenja Schulze [SPD]: Weniger als 2005!)

Damit wird der im Jahr 2007 – das ist der Punkt – mit der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen vereinbarte Jahresbetrag um 850.000 € erhöht.

(Svenja Schulze [SPD]: Das ist trotzdem weniger!)

350.000 € sind im Haushaltsplan für die Neueinrichtung von drei öffentlichen Beratungsstellen der Verbraucherzentrale in Schwerte, Lennestadt und Lippstadt mit einer Außenstelle in Soest vorgesehen. Damit wird die Verbraucherzentrale in Nordrhein-Westfalen erstmals nahezu flächendeckend arbeiten.

Die Verbraucherzentrale und ihre Kunden können sich auf diese Koalitionsfraktionen und diese Landesregierung verlassen. Erstmals in der Geschichte der Verbraucherzentrale hat die Politik 2007 eine langfristige finanzielle Planungssicherheit gegeben.

Des Weiteren sollen im Rahmen der Verbraucheraufklärung junge Menschen in ihrer Finanzkompetenz gestärkt und dem steigenden Beratungsbedarf älterer Menschen nachgekommen werden. Die bereits laufenden Programme wie das „Netzwerk Finanzkompetenz NRW“ und das Projekt „Alles im Griff“, Unterrichtseinheiten zum Umgang mit Geld, werden weitergeführt. Der Haushaltsplan enthält dafür die notwendigen Mittel.

In gleicher Weise wird der erfolgreiche Verbraucherschutz für ältere Menschen fortgeführt und in

einer geplanten Dialogreihe „Verbraucherforum 60plus“ noch verstärkt.

Die Reaktion auf aktuelle Verbraucherthemen wird auch in Zukunft absoluten Vorrang haben. Hier werden bedarfsgerechte Beratungs- und Informationsangebote erarbeitet. Es gilt, die Verbraucher vor unüberlegten Verpflichtungen über das Internet zu schützen. Kostenfallen sind hier insbesondere Onlinespiele und soziale Netzwerke.

In Zukunft werden der Gesundheitsmarkt, die gesetzliche Neuregelung bei unerlaubter Telefonwerbung, die Ausgestaltung von Fahrgastrechten und die Möglichkeit eines Anbieterwechsels auf dem Energiemarkt erhöhten Beratungsbedarf erfordern.

Wiederholt hat sich der Landtag mit dem Problem einer gesunden Ernährung von Kindern und Jugendlichen beschäftigt. Auch im Haushalt des MUNLV ist dieser Themenbereich ein Schwerpunkt. Das „Qualitätsnetzwerk Ernährung im Ganztag NRW“ und die verbundkofinanzierte vernetzte Stelle „Schulverpflegung“ werden zielgerichtet gefördert. In diesem Zusammenhang findet das Programm der Verbraucherzentrale „Schule isst gesund“ auch weiterhin Unterstützung.

Als Koalitionsfraktionen haben wir des Weiteren dafür gesorgt, dass in Nordrhein-Westfalen neben dem Schulmilchprogramm auch die Umsetzung des EU-Schulobstprogramms sichergestellt ist. Die zur Kofinanzierung notwendigen Mittel haben wir in den Haushalt eingestellt, sodass ab Frühjahr 2010 dieses Programm durchgeführt werden kann. Das Land wird sich auch weiterhin am erfolgreichen Programm „Anerkannte Bewegungskindergärten mit Pluspunkt Ernährung“ finanziell beteiligen. Auch der nationale Aktionsplan zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten wird durch abgestimmte Maßnahmen weiterentwickelt. Die Arbeit des Ernährungsportals Nordrhein-Westfalen wird fortgesetzt und ausgebaut.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, dass unsere Aktivitäten auf dem Gebiet Umwelt, Naturschutz sowie Verbraucher- und Gesundheitsschutz trotz der Finanzkrise finanziell gut ausgestattet und zielgerichtet sind.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Kollegin Fasse. – Für die FDP-Fraktion erhält der Abgeordnete Ellerbrock das Wort.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Fasse, schönen Dank, Sie haben die Diskussion im Arbeitskreis vollständig wiedergegeben und mir damit viel Arbeit abgenommen. Genau dies waren die Diskussionen, die wir über die Jahre im Arbeitskreis geführt haben.

Gestern Abend hatten wir hier die besondere Situation, festzustellen, dass Luftinhaltsstoffe zu Verwirrungen führen können. Heute zeigte der Beitrag von Frau Schulze, dass biogene, anthropogene Messsysteme wesentlich sensibler als sämtliche physikalischen Messgeräte sind. Zu erkennen waren diese durch Luftinhaltsstoffe im Geist hervorgerufenen Verwirrungen etwa an der Bemerkung, wir würden hier unseren letzten Haushalt besprechen. Frau Schulze, die Hoffnung stirbt zuletzt. Sie haben solchen Zweckoptimismus schon einmal bei der Bundestagswahl versucht. Aber sonderlich erfolgreich war das, glaube ich, nicht.

Außerdem habe ich Ihren Ausführungen entnommen, dass Sie ein romantisierendes Waldbild haben, demzufolge privater Wald ganz anders als Staatswald aussieht. Auch dies hat mir noch niemand darstellen können. Aber ich schreibe auch dies der Tatsache zugute, dass hier bestimmte Luftinhaltsstoffe etwas verwirren.

Meine Damen und Herren, womit ist diese Regierung angetreten, und was haben wir zwischenzeitlich geleistet? Wir haben gesagt, wir wollen keinen nordrhein-westfälischen Sonderweg mehr gehen, wir wollen die Vorgaben von EU und Bund 1:1 umsetzen. Dies haben wir konsequent getan.

Dabei haben wir aber zu unserem Erstaunen festgestellt, dass das, was in Berlin bejubelt wird, zum Beispiel Mitwirkungsmöglichkeiten im Naturschutz, dann, wenn wir das Gleiche bei uns in Nordrhein-Westfalen machen, der Untergang des Abendlandes ist. – Meine Damen und Herren, Sie müssen sich klar werden, was Sie eigentlich wollen. Nur Krawall geht auf Dauer sicherlich nicht.

Wir sagen: 1:1 umsetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit verantwortungsvoll zu erhalten, um auch sicher zu sein, dass wir im Kontext mit unserer Umgebung unsere Naturschutzentwicklung steuern können.

Dies haben wir, meine Damen und Herren, auch bei den Luftreinhalteplänen und bei den Umweltzonen eingehalten. Wir wollten mit Augenmaß feststellen, wo nachweisbar heute schon Problemzonen sind, die wir angehen müssen. Wir haben dank dieses Umweltministers ein Überprüfungsprogramm aufgelegt, das im Jahr 2010 ausgewertet wird, um festzustellen, ob denn die Auswirkungen, aufgrund derer wir Fahrverbote im Auge haben, tatsächlich so groß sind, dass wir es rechtfertigen können, so weit in den privaten Lebenskreis einzugreifen. Wir gehen ergebnisoffen an die Überprüfung heran.

Wir sagen in jedem Fall: Wenn es nur einen ganz geringen Anteil von Autoabgasen, die problematisch sind, gibt, dann müssen wir im Zusammenhang mit den anderen Faktoren – nach den Luftreinhalteplänen gibt es in Nordrhein-Westfalen mehr als 80 Faktoren, die zu steuern sind – überlegen, ob der Begriff „effizienter Mitteleinsatz“ eigentlich darauf

abzielt, den Bürger bedrängen zu müssen, oder ob andere Möglichkeiten zur Verfügung stehen. – Ich bin überzeugt, es stehen viele andere Möglichkeiten zur Verfügung.

Auch in Bezug auf das Landschaftsgesetz haben wir eine 1:1-Umsetzung vorgenommen. Das, was an nationalen Vorgaben vorhanden ist, wird bei uns umgesetzt. Und wir haben deutlich gemacht, dass wir den Begriff „Ökokonto“ ernst nehmen. Das heißt, derjenige, der heute Gutes tut, kann sich das für spätere Eingriffe gutschreiben lassen.

Auch haben wir deutlich gemacht, dass wir es mit dem Begriff „Allianz für die Fläche“ ernst meinen, den wir gemeinsam mit dem Umweltminister kreiert haben, um Vorsicht beim Flächenverbrauch walten zu lassen. Wir haben festgestellt, dass es richtig ist, einen Flächenausgleich 1:1 durchzuführen: Nimmt man 50 ha zum Beispiel für Straßenbau in Anspruch, dann nehmen wir 50 ha als Ausgleich und Ersatzfläche.

Die frühere Regierung hat sich an ihrer Vorgabe geweidet, man müsse möglichst viel Fläche nehmen, hat dann aber in dieser Fläche nicht das getan, was notwendig ist, nämlich diese Flächen zu pflegen, ökologisch aufzuwerten und somit einer wirklichen Naturschutzfunktion zuzuführen. Das ist eine ganz grundsätzliche Änderung.

In welchem Spannungsfeld steht denn die Landwirtschaft? – Die Landwirtschaft soll einerseits Lebensmittel produzieren, andererseits soll sie ökologischer Ausgleichsraum sein und Energiepflanzen herstellen. Der Druck auf die Fläche nimmt ungeheuer zu. So ist es richtig zu sagen: Lieber weniger, aber dafür mehr investieren und ökologisch aufwerten. Hier gilt der Dreisatz: Weniger ist mehr.

(Beifall von der FDP)

Auch in Bezug auf das Landeswassergesetz haben wir das Bundesrecht 1:1 umgesetzt und konnten sicherlich eine Menge bewirken. Wir haben eine Privatisierungsoption im Bereich Abwasser, die wir zur Entscheidung stellen werden, wenn deutlich wird, dass der Bürger dadurch nicht zusätzlich durch Mehrwertsteuer belastet wird. Da sind wir, meine ich, auf einem ganz guten Weg.

Zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie wird sicherlich der Minister sehr vieles sagen, weil er es zur Chefsache erklärt hat; er wird auch die Finanzierung solide darstellen können. Das ist eine vernünftige Sache. Es ist eine Mammutaufgabe mit Ausgaben von mehr als 2 Milliarden € in den nächsten 20 Jahren.

Obwohl die Opposition laufend versucht hat, wider besseres Wissen die PFT-Bekämpfung als Problemkreis der Landesregierung darzustellen, hat es diese Landesregierung geschafft, das Problem mehr oder weniger abschließend zu lösen, sprich: abschließend dahin gehend zu regeln, dass die

entsprechenden Techniken angewandt werden, dahin gehend zu lösen, dass die Maßnahmen laufen, und dahin gehend zu lösen, dass wir uns um unsere Trinkwasserversorgung keine Sorgen machen müssen.

Es gibt noch viel zu tun. Wir sind auf einem vernünftigen geraden Wege und sind – das meine ich, sagen zu können – vorbildlich in der Bundesrepublik Deutschland.

(Lachen von der SPD)

– Es sind immer noch Inhaltsstoffe in der Luft. Vielleicht einmal durchatmen, Frau Kollegin!

Zum Thema Wasserentnahmeentgelt haben wir schon gestern Abend etwas gesagt; das will ich nicht weiter vertiefen. Ja, auch hier haben wir Wort gehalten: Eine Wassersteuer, die letztendlich in den allgemeinen Haushalt fließen sollte, wird abgeschafft – nicht so schnell, wie es sich manche, auch ich, vorgestellt haben, aber sie wird durch ein Gesetz abgeschafft.

(Unruhe von der SPD: Verlängert!)

Im Übrigen haben wir – das zur Frage, welche Steuern wir abgeschafft haben – auch die Jagdsteuer abgeschafft. Erstmals sind die Leistungen der Jägerschaft für die Allgemeinheit positiv dargestellt worden.

(Lachen von der SPD)

Das ist eine gute Sache; denn hier wird letztendlich privates Engagement der Jäger für die Allgemeinheit gewürdigt. Diese Steuer abzuschaffen, die schon längst überholt ist, die aus feudalen Zeiten stammt, als noch Wildbret mehr einbrachte, als es an Kosten verursachte, ist eine vernünftige Sache.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich etwas zum Begriff Kalkulationssicherheit sagen. Bei Biologischen Stationen und auch bei den Verbraucherzentralen haben wir eines geschafft, nämlich Kalkulationssicherheit zu gewährleisten. Das war nicht einfach. Wir haben – zugegebenermaßen – etwas weniger Geld, aber dafür Planungssicherheit in ganz erheblichem Umfang, was auch positiv anerkannt ist.

Meine Damen und Herren, mit dem Kabinettsbeschluss haben die Landesregierung und der Landtag seinerseits die notwendige Aufstockung der Finanzierung für drei Standorte der Verbraucherzentrale zugesagt. Wir haben es geschafft, drei Stationen zusätzlich mit zu finanzieren. Angesichts der aktuell schwierigen Situation der öffentlichen Kassen ist das von unserer Seite aus als besondere Wertschätzung der Arbeit der Verbraucherzentralen zu werten. Meine Damen und Herren, das sage nicht ich – das wäre ja Eigenlob –, sondern die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen in ihrem Weihnachtsbrief 2009 auf Seite 1. Mehr brauche ich

dazu nicht zu sagen. Das ist, meine ich, eine ganz vernünftige Sache.

Ich hebe mir sieben Minuten Redezeit auf, weil sicherlich noch interessante Wortbeiträge kommen und ich gerne etwas zum Bereich Landwirtschaft sagen werde. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Jetzt hat für die Fraktion der Grünen der Abgeordnete Remmel das Wort.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute über den Einzelplan 10. Ich meine, dass wir etwas grundsätzlicher werden sollten. Deshalb am Anfang drei grundsätzliche Bemerkungen.

Ich habe mich die letzten eineinhalb Tage über gefragt, was wir hier eigentlich tun. Wir diskutieren die Einzelpläne einmütig rauf und runter, aber im Hintergrund stehen doch zusätzliche Einsparnotwendigkeiten im Umfang von 600 bis 800 Millionen € aufgrund von Steuergeschenken für Besserverdienende auf Bundesebene. Es steht auch im Hintergrund, dass im nächsten Jahr noch einmal, wenn man das auf das Land Nordrhein-Westfalen bezieht, 1,7 Milliarden € auf den Landeshaushalt zukommen. Deshalb frage ich mich: Was machen wir hier eigentlich?

Wenn man diese Gelder zur Verfügung hätte, was könnten wir damit alles anstellen, gerade im Bereich Umwelt, Klimaschutz? Wir bräuchten dringend ein Millionen-Programm, um den Ressourcenschutz in diesem Land voranzubringen und um neue wirtschaftliche Dynamik zu bekommen.

Stattdessen werden wir heute kleinteilige Haushaltsberatungen abschließen und im nächsten Jahr vor der Frage stehen, ob dieser Haushalt insgesamt in diesem Lande überhaupt noch zu tragen ist, weil es jeden Bereich betreffen wird. Gerade in den Bereichen, die für Soziales, für Umwelt und für den Naturschutz besonders wichtig sind, wird es massive Einnahmeausfälle verbunden mit Ausgabekürzungen geben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Deshalb ist diese Debatte ein wenig eine gespenstische Debatte.

Zweite grundsätzliche Bemerkung. An dieser Stelle muss in aller Klarheit gesagt werden: Diese Landesregierung, dieser Minister haben gerade im Bereich Umwelt, Naturschutz, Klimaschutz in dankenswerter Offenheit dargelegt, dass sie meines Erachtens nicht mehr auf dem Boden der Verfassung stehen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Was?)

– Dass er nicht mehr auf dem Boden der Verfassung steht. Ich zitiere noch einmal – ich habe das im Ausschuss schon getan – aus dem vorgelegten Umweltbericht. Hier wird unter der Überschrift „Dialog Wirtschaft und Umwelt“ – Dialog Landesregierung mit der Wirtschaft – ausgeführt:

Schwerpunkte der bisherigen Arbeit lagen in der gemeinsamen Positionsbestimmung und Interessenwahrnehmung gegenüber Gesetzgebungsvorhaben der Europäischen Kommission und der Bundesregierung sowie beim Abschluss freiwilliger Vereinbarungen zwischen Staat und Wirtschaft.

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Was heißt das? Die Landesregierung nimmt eine gemeinsame Position mit der Wirtschaft gegenüber dem Gesetzgeber ein.

(Svenja Schulze und Annette Watermann-Krass [SPD]: Ja!)

Welches Verfassungsverständnis hat diese Landesregierung?

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist die Rückkehr in den Ständestaat. Sie haben hier den Amtseid „Gerechtigkeit gegenüber jedermann“ abgelegt.

(Zurufe von Minister Eckhard Uhlenberg und Minister Andreas Krautscheid)

Sie haben an dieser Stelle nicht den Amtseid „gegenüber der Landwirtschaft“ oder „gegenüber der Wirtschaft“ abgelegt, im Parlament die Interessen der Wirtschaft und der Landwirtschaft zu vertreten, sondern Gerechtigkeit gegenüber jedermann und jeder Frau zu üben.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Kollege Remmel, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock?

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Sehr gerne.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Dachte ich mir.

(Heiterkeit)

Ja, weil das seine Redezeit verlängert. Das ist doch völlig klar.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Wenn es der sachlichen Aufklärung dient, müssen wir das in Kauf nehmen.

Herr Remmel, würden Sie eine Formulierung gutheißen, in der stehen würde: Die Landesregierung hat in den und den Projekten gemeinsam mit den anerkannten Naturschutzverbänden die und die

Position auch gegenüber dem Gesetzgeber vertreten? Würden Sie so etwas gutheißen?

(Lachen von Ministerin Christa Thoben)

**Johannes Rimmel** (GRÜNE): Auch das würde ich nicht in Ordnung finden. Die Landesregierung hat sich gegenüber jeder Person, gegenüber allen Interessenverbänden gleich zu verhalten. Sie hat vor allen Dingen Verfahren nach Recht und Gesetz zu gestalten und zu genehmigen.

Wozu das führt, dafür haben wir doch zuhauf Beispiele. In Datteln ist sozusagen auf Wunsch der Wirtschaft entsprechend genehmigt worden. Wir haben die Beispiele bei der CO-Pipeline. Mittlerweile haben Ihnen Gerichte bescheinigt, dass die Genehmigungsbehörden die Wünsche der Wirtschaft „abgenickt“ haben. Das steht wörtlich so in den Gerichtsentscheidungen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Also, nach dem Wunsch von bestimmten Interessengruppen wird hier willfährig Politik, werden sogar Genehmigungen gestaltet. Was sind wir denn für ein Rechtsstaat, wenn Gerichte der Landesregierung, den Genehmigungsbehörden gerade solche Sätze ins Stammbuch schreiben? Da muss man doch die Frage stellen, ob man an dieser Stelle noch auf dem Boden der Verfassung und der Rechtmäßigkeit steht.

Das ist ein Stück ständischer Ordnung; da werden auf Abruf Genehmigungen erteilt, wie wir das in über 70 Fällen bei der CO-Pipeline erlebt haben. Das, was Sie gestern noch als Gesetz eingebracht haben, passt ins Bild.

(Svenja Schulze [SPD]: Ja! Ganz genau!)

Hier wird Rechtsunsicherheit produziert, weil man bestimmten Interessengruppen nachgeben will – zum Schaden der Menschen in diesem Land und – ich glaube auch – zum Schaden der ökonomischen Entwicklung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dritte grundsätzliche Bemerkung. In der Tat – Frau Fasse hat es angesprochen –: Das Umweltressort ist das Ressort, was eigentlich die Brücken in die Zukunft bauen müsste, das Zukunftsressort.

Aber lassen Sie uns durch die Bereiche gehen.

Im Naturschutz: Artensterben ist das Thema. Gibt es da wirklich eine dauerhafte Sicherung, gibt es wirklich einen neuen Aufbruch in dieser Landesregierung zu mehr Naturschutz, zu mehr Artenschutz, zu mehr Biodiversität? Ich kann den nirgendwo erkennen.

Herr Minister, Sie sind – wenn man ein großes Beispiel nimmt – in der Nationalparkfrage gescheitert. Sie haben keinen neuen Nationalpark in Nordrhein-Westfalen ausgewiesen; und da, wo Sie es probiert

haben, sind Sie vor Ort kläglich – an dieser Stelle muss man sagen – gescheitert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Oder im Bereich Klimaschutz: Sie müssen zwar immer die Fahne hochhalten, aber wirkliche Entscheidungen, wirkliche Beeinflussungen von Entscheidungen auf dem Gebiet Klimaschutz können wir nicht feststellen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Oder im Bereich Gesundheitsschutz: Ich darf an die Flickschusterei der Umweltzonen im Ruhrgebiet erinnern.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Angemessen, nicht Flickschusterei!)

– Aber zu welchen Effekten führt das? Es führt zu einem Schilderwald, aber zu keiner Verbesserung des Gesundheitsschutzes der Menschen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Oder der Lärmschutz: Wo ist da der große Aufbruch? Nicht erkennbar.

Oder wenn wir in den Bereich Verbraucherschutz gehen: Die nächste Blase ist doch schon absehbar. Sie haben es nicht geschafft, den Verbraucherschutz aus der Krise heraus dahin zu entwickeln, dass die Verbraucherinnen und Verbrauchern wirklich auf gleicher Augenhöhe sind und damit auch eine wirtschaftliche Sicherung und Stabilität in die Zukunft hinein erreicht wird.

Sie, Herr Minister, haben die Brücken in die Zukunft nicht gebaut; Sie haben Sie eher abgebrochen und sind zurückgefahren. In manchen Fragen in der Umwelt-, Naturschutz- und Verbraucherschutzpolitik befinden wir uns einfach in einer Sackgasse.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im Übrigen bescheinigt Ihnen das Ihr eigener Umweltbericht. Ihr eigener Umweltbericht – gestern ist das hier auch schön grafisch dargestellt worden – weist aus, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß während Ihrer Amtszeit gestiegen ist.

Es gab im Koalitionsvertrag zwar nicht viele konkrete Aussagen zur Umweltpolitik, aber es gab eine Aussage – auch wenn auch die nicht besonders konkret war – zum Flächenverbrauch. Es hieß, die Senkung des Flächenverbrauchs sei ein Anliegen der Landesregierung. Und Ihr eigenes Zeugnis, das Sie sich ausstellen, sagt, dass der Flächenverbrauch gestiegen ist. – Auch hier bauen Sie keine Brücke in die Zukunft, um gerade in diesen für uns so wichtigen Fragen Zukunft zu gewinnen.

Ein wirkliches Zukunftsthema ist die Umweltwirtschaft. Aber wo ist das im Haushalt ablesbar? Wo ist das tatsächlich in Aktion ablesbar und in die Zukunft gerichtet? – Im Ergebnis bleiben fünf Jahre verlorene Jahre für den Umweltschutz und fünf



verlorene Jahre für die Umweltwirtschaft in diesem Land.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das lässt sich auch mit Zahlen belegen. Ich habe das statistisch nachgehalten: Wir hatten im Jahre 2004 einen Umweltetat von 991 Millionen €, und für das Jahr 2010 weist der Umweltetat 745 Millionen € aus. Das heißt, der Umweltetat hat unter Ihrer Amtszeit um gut ein Viertel abgenommen. Das ist Ihr Ergebnis und eben keine Brücke in die Zukunft.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Wir haben ihn effektiver gemacht!)

Sie haben die Kontrollbehörden, die Umweltverwaltung, zerschlagen und abgebaut. Das merken die Menschen nicht sofort, aber sie merken es dann, wenn die Umweltverwaltung nötig ist. Ich erwähne beispielsweise die Chemieunfälle, bei denen die Behörden eben nicht mehr mit umfassendem Sachverstand aufwarten konnten. Es hat längere Zeit gedauert, bis die Bevölkerung die Informationen bekam. An solchen Stellen wird deutlich, wie eminent wichtig die Umweltverwaltung sowohl für den Gesundheitsschutz als auch für den Umweltschutz und die wirtschaftliche Stabilität ist.

Das sagen mittlerweile sogar die Vertreter der Wirtschaft. Diese wünschen sich – in Anführungszeichen – die alten Gewerbeaufsichtsämter zurück, die schnelle Genehmigungen vor Ort und eine schnelle Erreichbarkeit gewährleisten. Sie haben allerdings Sachverstand ausgekehrt und somit die Gefährdung der Menschen und der Umwelt in Kauf genommen. Das wird sich bitter rächen.

Zum Naturschutz habe ich schon einiges gesagt. Sie haben ein neues Landschaftsgesetz auf den Weg gebracht, das in der Konsequenz ein „Flächenverbrauchsförderungsgesetz“ ist. Denn Sie weichen von dem Grundgedanken der Ausgleichsregelung ab und präferieren das Verschieben in irgendwelche Ökokonten, die für die Umwelt keinen zusätzlichen Nutzen bringen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Wieso das denn nicht?)

Und auch beim klassischen Naturschutzetat – ich muss sagen, da liegt zumindest ein Umweltverband leider falsch – sind weniger Mittel im Haushalt vorhanden. Wir hatten 2004 30,2 Millionen € im klassischen Naturschutzetat. Wir haben jetzt für 2010 17,7 Millionen € in diesem Etat. Auch hier hat es einen Einbruch beim Umwelt- und Naturschutz gegeben.

Trotz einiger Lippenbekenntnisse gerade betreffend den Flächenverbrauch werden täglich nach wie vor mehr als 15.000 m<sup>2</sup> Fläche verbraucht, und wir sehen keine Perspektive.

Das macht sich ganz besonders bemerkbar beim Kiesabbau am Niederrhein. Dieser ist nicht gestoppt. Gleichzeitig gibt es jenseits der Landesgren-

ze eine restriktive Handhabung dieses Flächenverbrauchs. Hier in Nordrhein-Westfalen weigern Sie sich aber, beispielsweise durch die Einführung einer Kiesabgabe Konsequenzen zu ziehen. Wir geben Ihnen heute mit unserem Änderungsantrag noch einmal die Chance, dies zu tun.

Und eine letzte Zahl will ich Ihnen nicht ersparen; ich spreche den Verbraucherschutz und hier insbesondere die Lebensmittelkontrolle an. Weil der Ministerpräsident auf dem Parteitag auch eine Botschaft brauchte, haben Sie großmundig die Verdoppelung der Zahl der Lebensmittelkontrolleure angekündigt. Was haben wir bis heute? – Wir verzeichnen eine Abnahme der Zahl der Lebensmittelkontrollen von 2004 bis 2008 um 20.000. Es haben 20.000 Kontrollen weniger und nicht etwa mehr, wie versprochen worden ist, stattgefunden. Zu einer Verdoppelung der Zahl der Lebensmittelkontrolleure ist es bis heute immer noch nicht gekommen.

Stattdessen rühmen Sie sich, dass Sie mittlerweile auch die minimale Unterstützung der Verbraucherinnen und Verbraucher durch eine Ampel-Kennzeichnung von der Tagesordnung genommen haben.

Insgesamt ist es also eine verheerende Bilanz der Umweltpolitik, und auch bei der Landwirtschaft sieht es nicht sehr viel anders aus. Da muss ich mich fragen, ob sich ein Landwirtschaftsminister, der so wenig Verständnis für die Familienbetriebe hat,

(Svenja Schulze [SPD]: Genau!)

der so wenig Verständnis für die Milchwirtschaft in diesem Land hat und der gerade diesen kleinen und mittleren Betrieben so wenig an Zukunftsperspektive aufzeigt, überhaupt Landwirtschaftsminister nennen darf. Hier wird kalt lächelnd ein ganzer Produktionszweig, nämlich die Milchwirtschaft, über die Weltmarktklinge barbiert. Dies geschieht kalt lächelnd und ohne Perspektive. Das hätte ich in der Tat von einem Minister, der sich insbesondere auf die Landwirtschaft beruft, nicht erwartet.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Insgesamt bleibt unterm Strich – vieles ist heute schon erwähnt worden, auch der Ausverkauf des Staatswaldes – eine verheerende Bilanz. Und in der Tat: Der 9. Mai 2010 wird ein Tag der Abrechnung – ich hoffe, auch mit dieser Landesregierung und mit diesem Minister – und der Tag einer neuen Zukunft sein. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Rammel. – Jetzt hat Herr Minister Uhlenberg für die Landesregierung das Wort.

**Eckhard Uhlenberg,** Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! 2010 wird für die Umwelt und für die Verbraucher in Nordrhein-Westfalen ein gutes Jahr, und dieser Haushalt, der hier beraten wird, stellt die Weichen für eine gute Umwelt-, für eine gute Landwirtschafts- und für eine gute Verbraucherpolitik.

Die Rahmenbedingungen sind nicht einfach, aber wir haben für Umwelt und Landwirtschaft die Folgen von 39 Jahren

(Zurufe von der SPD: Och! Alter Hut!)

vielfach falscher Politik mit eigener intensiver Arbeit in den vergangenen viereinhalb Jahren korrigiert.

(Beifall von CDU und FDP)

Mein Haushaltsplan, der fünfte Haushaltsplan für das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, setzt 745,4 Millionen € aus dem Landeshaushalt für die Bewahrung der Schöpfung, für souveräne Verbraucher und für gute Lebensmittel in unserem Land ein.

Der Haushaltsausschuss hat nur einen Änderungsantrag zum Schulobstprogramm beschlossen. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen im Landtag, dass sie zugestimmt haben, dass das Schulobstprogramm zum Start der zweiten Hälfte des Schuljahres im Februar 2010 beginnen kann. 4 Millionen € investieren wir hier zusätzlich in gesunde Ernährung. Meine Damen und Herren, viele Bundesländer beteiligen sich nicht an diesem Schulobstprogramm – auch Länder, in denen Sozialdemokraten und Grüne die politische Verantwortung tragen.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Vor dem Hintergrund des großen Handlungsbereichs meines Hauses sind 745 Millionen € natürlich scharf kalkuliert. 745 Millionen € stärken unsere Land- und Forstwirtschaft und unsere Ernährungswirtschaft mit über 400.000 Beschäftigten. Dort arbeiten in Nordrhein-Westfalen mehr Menschen als in der Automobilindustrie. Diese Mittel sichern unter anderem die fachmännische Bewirtschaftung von nahezu drei Vierteln unserer schönen Landesfläche in Nordrhein-Westfalen; 27 % der Fläche ist Wald. Sie gewährleisten unter anderem einen wirksamen Immissionsschutz, also die Genehmigung und Überwachung von Industrieanlagen ebenso wie Maßnahmen zum Schutz der Bürger vor Feinstaub oder Lärm. Hier hat es in den vergangenen vier Jahren große Fortschritte in Nordrhein-Westfalen gegeben.

Diese 745 Millionen € werden auch für verlässliche Sicherheit im Alltag verwendet – vom sauberen Wasser aus dem Wasserhahn zu Hause über gut kontrollierte Lebensmittel im Supermarkt bis zur guten Verbraucherberatung bei Vertrags- und Finanzproblemen.

Herr Abgeordneter Remmel, Sie haben das Thema Lebensmittelkontrolleure angesprochen. Ich war ja gerade ins Amt gekommen, als wir den großen Gammelfleischskandal in Nordrhein-Westfalen hatten. Dieses Gammelfleisch war in der Amtszeit meiner verehrten Vorgängerin, also zu Zeiten, als Sie in der Verantwortung waren, eingelagert worden. Warum hat es monatelang, möglicherweise sogar jahrelang dort geschlummert? Weil es keinen guten Verbraucherschutz gegeben hat. Man hat darüber geredet, aber nichts getan. Sie sind groß im plakativen Reden, aber schlecht in der Administration.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir hatten bis zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen eine schlechte Administration in der Umweltpolitik und in der Verbraucherschutzpolitik.

(Svenja Schulze [SPD]: So ein Unsinn!)

Meine Damen und Herren, wir investieren erhebliche Mittel in den Hochwasserschutz am Rhein, in die Flächen an unseren Flüssen in Nordrhein-Westfalen und nicht zuletzt in den Schutz der natürlichen Lebensräume und der ökologischen Systeme in unserem schönen Bundesland.

Diese Landesregierung steht für eine Politik neuer Sicherheit. Die Bürger können sich darauf verlassen, dass sie gehört und beteiligt werden. Die alte Arroganz, die es früher zwischen der Landesregierung und den Bürgerinnen in Nordrhein-Westfalen gegeben hat, ist vorbei. Sie können sich darauf verlassen, dass ihr Staat für Lebensqualität, Umweltschutz und Gesundheit vorsorgt und dass dieser Staat verantwortlich handelt.

Das geschieht natürlich so weit wie möglich – dazu bekenne ich mich – im Dialog mit Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn nötig, passiert es auch mit raschem und entschlossenem Durchgreifen der zuständigen Behörden. Das ist Leitlinie meines politischen Handelns.

Investitionen in die Umwelt sichern Werte und schaffen Chancen. Schon heute leisten im Bereich der Umwelttechnologie in Nordrhein-Westfalen über 250.000 Menschen ihre Arbeit. Sie entwickeln Verfahren und Produkte beispielsweise für die Aufbereitung von Trinkwasser, bei denen wir inzwischen weltweit spitze sind.

In diesem Zusammenhang komme ich auf das Thema „Wasser und PFT“ zurück, das heute noch nicht angesprochen worden ist.

(Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

Ich habe den Gammelfleischskandal geerbt. Wir haben den Verbraucherschutz auf eine neue Grundlage gestellt. Meine Damen und Herren, das PFT-Problem in Nordrhein-Westfalen ist zwischen 2002 und 2004 aufgetreten. Warum ist es denn vor meiner Regierungszeit nicht gelöst worden? Ab

2005/2006 haben wir die Flächen saniert und auch in Bezug auf die Industrie die notwendigen Entscheidungen getroffen.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Als Landesregierung bauen wir diese Stärken in Nordrhein-Westfalen aus. Mein Haus hat dazu die Cluster Umwelttechnologien und Ernährungswirtschaft in Nordrhein-Westfalen neu eingeführt. Kompass unserer Umweltpolitik ist ein Gleichgewicht von Ökonomie und Ökologie für ein nachhaltiges, qualitatives Wachstum in unserem Land.

Herr Remmel, Ihr Staatsverständnis im Umgang mit der Wirtschaft, das Sie eben wieder offenbart haben, ist wirklich etwas Besonderes. Im Rahmen der Umweltministerkonferenz erlebe ich ja die grünen Umweltminister – in Deutschland gibt es noch drei grüne und zwei sozialdemokratische Umweltminister – und stelle immer wieder fest: Die haben ein anderes Staatsverständnis als die Grünen in Nordrhein-Westfalen. Das sind Menschen, die in der Wirklichkeit angekommen sind.

Sie hingegen liegen immer noch in den alten Schützengräben und vertreten die Auffassung, dass Umwelt gegen die Wirtschaft arbeiten müsse und Wirtschaft gegen die Umwelt arbeiten müsse. Diese Politik gibt es wohl nur noch bei den Grünen in Nordrhein-Westfalen – und sonst nirgendwo mehr.

(Lachen von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Meine Damen und Herren, das gilt auch für die Landwirtschaft. Auf Qualität, Unternehmergeist und gute Perspektiven richten wir die Förderung der Landwirtschaft mit der Neugestaltung unseres Programms „Ländlicher Raum“ aus. Hier werden bis zum Jahre 2013 aus Haushaltsmitteln des Landes sowie Fördermitteln aus Brüssel und Berlin insgesamt 800 Millionen € eingesetzt.

Unsere Zukunftskommission Landwirtschaft 2020 – das gab es in Nordrhein-Westfalen früher gar nicht, dass man sich einmal Gedanken gemacht hat, wie es mit der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen weitergeht – hat die richtigen Ideen entwickelt, die den Strukturwandel in der Landwirtschaft in eine sinnvolle Richtung lenken und auf neue Ertragschancen verweisen.

Wir sagen Ja zur Landwirtschaft – gerade im bevölkerungsreichen Land Nordrhein-Westfalen. Seit dem Regierungswechsel im Jahre 2005 gibt es auch wieder Zuversicht auf den Höfen und auf dem Land. Wir haben den ländlichen Raum und die Landwirtschaft wieder in den Mittelpunkt der Landespolitik gestellt. Die Landwirte sind keine Berufsgruppe mehr, die nur noch abgestraft wurde und mit der man arrogant umgegangen ist. Vielmehr geht man mit den 40.000 bis 50.000 landwirtschaftlichen Betrieben, diesen Familienbetrieben, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, wieder fair um. Hier geht es nicht immer um Geld, sondern zunächst

einmal um das Klima. Es geht darum, dass man die Persönlichkeiten wahrnimmt und vernünftig miteinander umgeht. Fragen Sie die Landwirte in Nordrhein-Westfalen einmal, was sich in den vergangenen Jahren geändert hat. Auch da ist die alte Arroganz gewichen.

(Beifall von der CDU)

Die Leistungen von Landwirten sind für unsere nordrhein-westfälische Kulturlandschaft auch unersetzlich. Daher werden wir Umwelt- und Naturschutzleistungen weiter angemessen honorieren.

Mein Haus trägt zur Verminderung der Zins- und Schuldenlast bei. Auch das ist eine Politik zur Bewahrung der Schöpfung und damit eine nachhaltige Politik. Dies hat im Einzelfall schwierige Entscheidungen und Einschnitte bedeutet. Wer Nachhaltigkeit fordert, muss Schulden und Zinslasten senken. Das hat Rot-Grün versäumt. Sie haben diesem Land und den künftigen Generationen eine immense Schuldenlast hinterlassen, meine Damen und Herren. Obwohl es damals keine Wirtschafts- und Finanzkrise gab, hatten wir trotzdem 6,9 Milliarden € Neuverschuldung.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Was hatten wir denn für eine Einnahmensituation? Das ist ja lächerlich!)

Wir haben die Neuverschuldung in den vergangenen Jahren auf 1,4 Milliarden € gesenkt. Dass Sie sich heute noch rühmen, dass in dieser Zeit nicht gespart worden ist,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir haben mehr gespart als Sie! Wir haben mehr konsolidiert als Sie!)

spricht für Ihre unverantwortliche Politik unter Rot-Grün auch bei diesem Etat.

(Beifall von CDU und FDP)

Politische Gestaltungskraft und Perspektive ist nicht auf die Höhe eines Etats beschränkt. Wir handeln richtig. Das erkennen auch andere an. Der Vorsitzende des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen, Gerd Billen, hat uns für unsere Initiativen und Maßnahmen im Verbraucherschutz mehrfach gelobt, zuletzt am vergangenen Freitag. Sie können die Presseartikel nachlesen, wenn Sie Interesse daran haben.

Meine Damen und Herren, das ist für mich Anerkennung und Ansporn. Wir sind auf dem richtigen Weg, den Verbraucherschutz zu verbessern und die Verbraucher wirkungsvoll zu schützen, ohne sie dabei, wie Sie es gemacht haben, zu bevormunden.

Die Vielfalt der Waren und Dienstleistungen ist so groß wie nie. Das ist Freiheit, die wir begrüßen. Es ist zugleich eine Herausforderung für jeden einzelnen von uns in der Gesellschaft. Was brauchen Menschen für ihre Souveränität als Verbraucher?

Wie sorgen wir für Sicherheit bei allen Lebensmitteln und anderen Waren? Wie sorgen wir dafür, dass alle ihre Rechte als Verbraucher erkennen und durchsetzen, wenn es darauf ankommt? Neue Sicherheit in unserem Land baut auch auf einem starken Verbraucherschutz auf. Und der Verbraucherschutz, meine Damen und Herren, ist in den vergangenen vier Jahren nicht schwächer geworden, er ist ausgebaut worden.

(Beifall von CDU und FDP)

Dafür investieren wir auch in diesem Haushaltsplan 2010. Er fördert Informationen von Schülerinnen und Schülern zum sicheren Umgang mit Geld, wie die Koalitionsfraktionen es beantragt haben. Er ermöglicht drei neue Beratungsstellen der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, die jetzt eröffnet werden. Meine Damen und Herren, in welchem anderen Bundesland werden in dieser Zeit mit großer finanzieller Unterstützung des Landes drei neue Verbraucherzentralen eingerichtet? In keinem anderen Bundesland, nur in Nordrhein-Westfalen. Da können Sie mit Ihrer Propaganda nicht weiter davon sprechen, dass der Verbraucherschutz bei uns in Nordrhein-Westfalen abgebaut wird.

(Svenja Schulze [SPD]: Es gibt aber weniger Geld! Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen!)

Davon kann wirklich keine Rede sein. Alle Zahlen sprechen eine andere Sprache.

Rot-Grün hat im Jahre 2000 das Türschild Verbraucherschutz ins Ministerium gebracht, aber CDU, FDP und die Landesregierung sorgen dafür, dass in Nordrhein-Westfalen die ersten zusätzlichen Beratungsstellen, die es seitdem in Deutschland gibt, allesamt jetzt in Nordrhein-Westfalen eingerichtet, besetzt und eröffnet werden. Das ist der Unterschied zwischen Worten und Taten im Bereich der Verbraucherpolitik.

Wenn wir von der Landeszentrale Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen und von der Bundeszentrale für unsere gute Politik gelobt werden, meine Damen und Herren, dann ist mir das mehr wert als Ihre Propagandareden, die Sie heute hier gehalten haben.

(Beifall von der CDU)

Unser Land ist schön. Nordrhein-Westfalen ist ein schönes Land. Und unser Land ist natürlich reich an Arten. 45.000 Tier- und Pflanzenarten sind hier zu Hause. Da wird Bewahrung der Schöpfung konkret. Das nehme ich ernst, und wir handeln. Die Opposition kritisiert am Naturschutz des Landes herum. Der ehrenamtliche Naturschutz erkennt aber die geleistete Arbeit an. Der Naturschutzbund NABU hat in seiner Jahrespressekonferenz die Landesregierung gelobt.

(Svenja Schulze [SPD]: Die Kritik haben Sie nicht gehört!)

Nie zuvor habe Umweltpolitik so viele Mittel für den Naturschutz in Nordrhein-Westfalen mobilisiert und zur Verfügung gestellt. Und, meine Damen und Herren, das Vertrauen zwischen den Landwirten, die ihre Flächen für den Naturschutz zur Verfügung stellen müssen, und dem Naturschutz ist doch gewachsen. Dadurch ist wieder mehr Naturschutz in Nordrhein-Westfalen möglich. Sie sollten sich auch hier an den Fakten orientieren, Sie sollten Ihre Propaganda zu Hause lassen und sich ein realistisches Bild von der Naturschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen machen.

Lebendige Gewässer sind ein großes Ziel für unsere Umweltzukunft. Es geht um die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Wir werden 2.200 km Bäche, Flüsse und Seen in Nordrhein-Westfalen wieder in einem besseren ökologischen Zustand versetzen. Dieses Projekt kostet insgesamt 2,1 Milliarden €. Auch damit schaffen wir Raum für Artenvielfalt. Und, meine Damen und Herren, kein anderes Bundesland ist bei der Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinien so weit wie wir in Nordrhein-Westfalen. Darin besteht auch der Unterschied. Darum geht es mir. Deswegen werde ich auch meinen Politikstil fortsetzen. Das machen wir mit und nicht ohne oder gar gegen die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Runde Tische finden in jeder Region die passenden Wege, dieses anspruchsvollste Programm aller Zeiten für ökologisch vitale Gewässer und Wasserlandschaften mit Augenmaß umzusetzen.

Meine Damen und Herren, natürlich bleibt das Thema Flächenverbrauch auf der Tagesordnung. Aber ist es nicht komisch, dass wir erst im Jahre 2005 die Allianz für die Fläche auf den Weg gebracht haben? Warum hat denn die Vorgängerregierung mit dem Thema Flächenverbrauch nicht einmal angefangen? Das braucht eine gewisse Zeit. Das bedeutet auch, dass man gerade im kommunalen Bereich umdenken muss; da sind wir in einer intensiven Diskussion. Wir haben die ersten Fortschritte. Aber warum hat man dann vor 2005 nicht einmal über dieses Thema geredet,

(Svenja Schulze [SPD]: Ach, darüber haben wir doch oft gesprochen!)

obwohl damals auch schon jeden Tag der freien Landschaft in Nordrhein-Westfalen 15 Hektar entnommen wurden. Man ist mit seiner Kritik nur dann glaubwürdig, wenn man in der Zeit, in der man in der Verantwortung war, selber zumindest in Ansätzen bewiesen und vorgeführt hat, dass man es auch ernst gemeint hat.

(Svenja Schulze [SPD]: Bei uns ist der Flächenverbrauch gesunken!)

Wir müssen besonders die Kinder und die jungen Menschen an die Natur heranführen. Das tun wir. Wir haben die Naturparkwettbewerbe in Nordrhein-Westfalen eingeführt. Wir werden jetzt mit Maas,

Schwalm, Nette und Hohe Mark weitere Naturparke in Nordrhein-Westfalen würdigen und die Arbeit des ehrenamtlichen Naturschutzes unterstützen.

Meine Damen und Herren, unsere Arbeit gilt nicht irgendeiner Ideologie, sondern unsere Arbeit gilt den Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Wenn du schnell gehen willst, geh allein! Aber wenn du weit kommen willst, geh mit den anderen!

So lautet ein Sprichwort aus Kenia. Umweltpolitik mit Perspektive will und muss weit, langfristig und kooperativ angelegt sein. Und das unterscheidet in der Tat – das ist gerade durch die Wortmeldungen von Frau Schulze und Herrn Remmel deutlich geworden – meine Politik von der früheren Regierung. Wir haben in den vergangenen Jahren viel angestoßen, was Rot und Grün weder eingefallen ist, geschweige denn durchgesetzt haben. Es ist viel Klamauk gemacht worden. Was die Lautstärke angeht, haben Sie viel mehr Krach erzeugt, als das bei mir der Fall ist. Aber ich setze auf eine nachhaltige Politik.

Sie rufen immer wieder zu langsam, zu wenig, Sie stellen Anfragen mit Detailwut. Hunderte Arbeitsstunden von Fachleuten werden gefordert. Aber was Sie dem Land schuldig geblieben sind in den vergangenen Jahren, das ist Phantasie, das sind Konzepte, das sind Projekte für eine hohe Umweltqualität, eine starke Landwirtschaft,

(Svenja Schulze [SPD]: Das ist Ihr Job!)

eine vitale Natur und eine hohe Verbrauchersicherheit. Unsere Politik in Nordrhein-Westfalen nimmt die Bürgerinnen und Bürger mit. Wir bringen Landwirte, Umweltschützer und Wirtschaftsvertreter an einen Tisch. Da hilft nicht selten das Ordnungsrecht weiter. Zwar kann es im Einzelfall etwas länger dauern, als auch ich mir das wünsche, wie beispielsweise bei der Erstellung eines Pipeline-Katasters, das bundesweiten Vorbildcharakter hat, aber dafür bringen wir es mit nachhaltigem Erfolg auf den Weg.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Das ist, was gute Politik ausmacht: Beständigkeit und Augenmaß, Nachhaltigkeit und Zusammenarbeit. Das setzen wir im Haushaltsplan 2010 in Umweltpolitik, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz um. Wir spalten nicht die Gesellschaft, sondern wir führen diese Gesellschaft zusammen, eine neue Sicherheit in Nordrhein-Westfalen, auch im Bereich der Umwelt-, Verbraucher- und Landwirtschaftspolitik.

Meine Damen und Herren, das stößt auf eine breite Zustimmung in unserem Land, jetzt und im nächsten Jahres. Da bin ich mir ganz sicher.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Uhlenberg. – Für die SPD-Fraktion hat das Wort nun Frau Kollegin Watermann-Krass.

**Annette Watermann-Krass (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine ganze Menge – wie sagt Herr Ellerbrock? – Luftinhaltsstoffe sind jetzt in der Luft. Nach diesem Redebeitrag des Herrn Ministers warte ich eigentlich darauf, dass Sie, Herr Ellerbrock, einen Antrag auf Redeplaketten stellen, ob die Luft geschwängert oder ob sie noch erträglich ist.

Ja, vier Jahre CDU/FDP prägen unser Land Nordrhein-Westfalen. Der Koalitionsvertrag dieser beiden Parteien auf der Bundesebene liegt ja auch vor. Die Richtung ist erkennbar. Die Ideologie heißt: Privat vor Staat. Das hat sich doch in vielen Bereichen durchgesetzt. Ich würde gerne mit meinem Redebeitrag darauf eingehen, was das für uns in der Land- und Forstwirtschaft heißt.

Der Staatswald in der Eifel ist verkauft worden. Der wesentliche Teil, immerhin fast 26 Millionen €, sind zur Sanierung des Haushalts eingesetzt worden. Die Forstreform wirkt nach. Der Personalabbau geht immer noch weiter. Die Forstreviere sind zwar besetzt, aber etliche mit Zeitverträgen. Das heißt, sie laufen dann maximal zwei Jahre; ein Jahr einarbeiten, ein Jahr tätig sein, und dann sind diese Leute weg.

Ob damit, Herr Uhlenberg, der Umbau der Wälder zu klimaverträglichen Mischwäldern gelingt, ist doch äußerst fraglich. Ob damit die Herausforderung der Holzmobilisierung gelingt, ist ebenfalls äußerst fraglich. Ob darin ein Konzept erkennbar ist oder damit wenigstens ein Versuch verbunden ist, dieses Personal, das in Nordrhein-Westfalen wirklich gut ausgebildet ist, hier zu behalten, ist nicht erkennbar. Dies wird auch dem Nachhaltigkeitsgedanken, der aus der Forstpolitik kommt, in diesem Land nicht gerecht.

Dazu eine Faustzahl zur Wertschöpfung, die gerade in der Holzwirtschaft liegt und von äußerstem Interesse ist: Hundert Festmeter Holz, die wir hier in unseren Wäldern schlagen, bedeuten für Nordrhein-Westfalen auch immer einen Arbeitsplatz. Deswegen die Frage: Wie wollen Sie da konzeptionell mit dem Abbau von Personal umgehen?

Wenn wir von der Umstellung von der indirekten auf die direkte Förderung sprechen, dann müssen wir uns schon fragen, wie das mit dem Landespersonal, das dann ja nach und nach weiter abgebaut werden soll, passieren wird. Kommt es dazu, dass es nur noch Personal für die hoheitlichen Aufgaben gibt? Auch da das Fazit: Private können das viel, viel besser.

Aber wer macht dann die Waldpädagogik für Kinder und Jugendliche? Wer berät dann Waldbesitzer beim Umbau ihrer Wälder zu klimaverträglichen

Mischwäldern? Und vor allem: Wer berät dann die Waldbesitzer im kleinstrukturierten Privatwald, wovon wir in Nordrhein-Westfalen jede Menge haben? Oder sind dann unsere Förster für Ordnungsrecht zuständig, sprich: für Waldpolizisten, die dann Mountainbiker und Freizeitsportler in die Schranken weisen?

Ein weiteres Beispiel, wie bei dieser Regierungskoalition den Interessenvertretern nachgegangen wird, ist im Sauerland zu sehen. Frau Schulze und ich haben uns diese Flächen angesehen: Waldflächen, die durch Kyrill brachgefallen sind, Flächen, auf denen Wurzeln gerodet worden sind, die seit Mai dieses Jahres brachliegen, die 20 Jahre an einen großen Energiekonzern verpachtet sind mit dem Ziel, dort Kurzumtriebsplantagen wachsen zu lassen, um auch Biomasse dort zu erzeugen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das ist doch positiv, oder nicht?)

Eine Umwandlung ohne Beteiligung der Landesbehörden, obwohl eine solche langfristige Schädigung dieser Flächen aus unserer Sicht nicht mit dem Nachhaltigkeitsgedanken und dem Nachhaltigkeitsanspruch unseres Landesforstgesetzes in Einklang zu bringen ist.

Kurzumtriebsplantagen und Weihnachtsbaumkulturen werden verstärkt auf Waldböden hier in Nordrhein-Westfalen angebaut. Es ist verständlich, wenn Waldbesitzer nach dem verheerenden Sturm schnell wieder Erträge von ihren Flächen bekommen wollen. Gute Beispiele dafür gibt es auch, und das geht ohne Flächenrodung. Das sind Versuchsflächen, auch im Sauerland, auf denen schnell wachsende Baumarten gedeihen, und gesunde Mischwaldkulturen, die auf einer Fläche wachsen, die in relativ kurzer Zeit auch abgeerntet werden können. Darauf entsteht dann aber gesunder Mischwald und keine Plantage aus Kurzumtrieben.

Wir vertreten ganz klar die Meinung: Kurzumtriebsplantagen und auch Sonderkulturen wie Weihnachtsbäume sollten grundsätzlich außerhalb des Waldes angelegt werden. Übrigens ist das ein wesentlicher Gedanke, der bei dem Versuch der Novellierung des Bundeswaldgesetzes eine Rolle gespielt hat und dem sich andere Bundesländer in der Form schon durch Gesetzesänderung angeschlossen haben. Gerade für Nordrhein-Westfalen gilt: Wälder dürfen nicht alleine der Holzproduktion dienen,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

sondern sie leisten einen entscheidenden Beitrag zum Klima, zum Emissions- und Naturschutz sowie für die Erholung der vielen, vielen Menschen hier im Land Nordrhein-Westfalen. Dies, Herr Minister Uhlenberg, kommt aber in der Ausrichtung Ihrer Forstpolitik in Nordrhein-Westfalen nicht zum Ausdruck.

Kommen wir zur Landwirtschaft. Auch hier ist erkennbar, welche Ausrichtung diese Landesregierung in den letzten Jahren genommen hat. Der enorme Preisverfall bei den landwirtschaftlichen Produkten, vor allem bei der Milch,

(Minister Dr. Helmut Linssen: Da ist wohl Minister Uhlenberg schuld dran?)

der drastische Strukturwandel innerhalb der Landwirtschaft wird gesehen, es wird aber nicht entsprechend gehandelt. Auch hier die Devise: Der freie Markt soll es richten – wachsen oder weichen.

Welche Auswirkungen hat das? – Es führt zur industriellen Produktion von Lebensmitteln und zur Intensivlandwirtschaft, verbunden mit einem enormen Preisverfall, und führt gleichzeitig zu Problemen mit Nitrat im Grundwasser, führt zum weiteren Umbruch von Grünlandflächen mit den damit verbundenen schädlichen Klimagasausdünstungen. Kulturlandschaft wird immer weiter auf kleine Parzellen zurückgedrängt. Monokulturlandschaften sind – auch durch den vermehrten Anbau für Biogasanlagen – heute schon sichtbar.

Deshalb die Fragen: Wie stellen Sie sich den Anforderungen der Zukunft? Wie verankern Sie Natur-, Klima- und Tierschutz? Lediglich im Dialog, oder sollen auch ordnungsrechtliche Dinge zum Einsatz kommen? Denn der Umweltbericht zeigt uns dies in den Bereichen Flächenallianz, Nitratbelastung als deutlichen Handlungsbedarf auf. Wohin geht Ihr Konzept zum Erhalt der multifunktionellen Landwirtschaft? Wo ist die Perspektive, vor allen Dingen für die Familienbetriebe? Schon heute ist erkennbar, dass die neue Förderperiode in der EU in der Zukunft verstärkt für gemeinwohlorientierte Leistungen zahlt. Deshalb müssen heute die Weichen gestellt werden, damit ein ganzer Berufsstand eine verlässliche Planungsebene hat.

Ich komme zum Schluss: Wer wie Sie eine rückwärtsgewandte Klientelpolitik betreibt, wer den Milchbauern lediglich den Ausbau neuer Absatzmärkte anbietet, viel in diesem Bereich versprochen hat – Sie haben in der letzten Sitzung noch gesagt, es sei alles nicht so schlimm –, aber nicht handelt, der darf sich nicht wundern, dass das Vertrauen in seine Politik immer mehr schwindet. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Watermann-Krass. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Ortgies das Wort.

**Friedhelm Ortgies<sup>\*)</sup> (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte in den verbleibenden knapp fünf Minuten versuchen, einen der wichtigsten Punkte im Einzelplan 10 zu beleuchten: die Agrarpolitik. Ich weiß, dass die

Opposition das nicht so besonders ernst nimmt. Frau Watermann-Krass hat gerade drei Viertel ihrer Redezeit mehr oder weniger im Wald verbracht. Das ist sicherlich ein Thema, auf das wir noch einmal extra zurückkommen sollten.

(Heiterkeit von der CDU – Svenja Schulze [SPD]: Das wäre für Sie auch mal gut!)

Frau Watermann-Krass, Sie wissen gar nicht, wie es auf den Höfen zugeht. – Das zu Anfang.

(Beifall von der CDU – Svenja Schulze [SPD]: Das ist doch Unsinn!)

Liebe Freunde, meine Damen und Herren, seit dem Höhenflug der Agrarpreise vor ca. zwei Jahren erleben wir einen beispiellosen Rückgang auf ein katastrophales Preisniveau in fast allen Bereichen. Die Getreidepreise sanken von 20 bis 25 € auf 9 bis 12 €. Ferkelerzeuger erwirtschaften seit Jahren keine kostendeckenden Erlöse mehr. Auch die Milch, die seit Monaten ganz besonders im Fokus unseres Interesses steht, fällt katastrophal im Preis. Bei diesem Preisniveau könnten ganze Landschaften für Natur, Gesellschaft und Tourismus zugrunde gehen.

Der Grund für die derzeit schlechten Preise ist nicht überraschend: Die Weltwirtschaftskrise wirkt sich auch im Agrarbereich aus, und natürlich – das dürfen wir nicht verschweigen – ist das Angebot höher als die Nachfrage. Wir erleben zurzeit ein Preisniveau, wie wir es in den 50er-Jahren hatten. Wir erleben einen unglaublichen Preiskampf gerade der Discounter auf dem Rücken unserer Bauern. Dazu höre ich aus der Opposition nichts.

Hier ein paar Zahlen, um sich die Dimensionen vor Augen zu führen:

(Horst Becker [GRÜNE]: Erklären Sie uns doch mal, was in der EU passiert!)

Die durchschnittlichen Lebensmittelpreise sind im Oktober 2009 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 3,4 % zurückgegangen. Die Gemüsepreise sanken um gut 11 %. Auch die Molkereierzeugnisse erlebten im gleichen Zeitraum einen Rückgang um fast 11 %. Zum Glück haben sich die Auszahlungspreise ...

(Horst Becker [GRÜNE]: Und das alles unter Schwarz-Gelb!)

– Sie haben ganz besonders viel Ahnung, was auf den Höfen los ist, Herr Becker. Bleiben Sie mal ganz ruhig.

Zum Glück haben sich die Auszahlungspreise für Milch in den letzten Wochen etwas erholt.

Zum Schluss: Die Menschen geben zurzeit noch ein Zehntel ihres Einkommens für Lebensmittel aus.

Trotz dieser alarmierenden Zahlen kann, will und wird die Politik keine Preise bestimmen. Politik kann Rahmenbedingungen schaffen, die die Situation der

Betriebe verbessern. Das tun wir in Nordrhein-Westfalen.

Ich will das an drei Beispielen darstellen:

Erstens. Das Agrarinvestitionsprogramm wird auch im Jahre 2010 weitergeführt. Mit einem Volumen von 18,5 Millionen € fließt einiges auf investitionswillige Betriebe zu. Denn eins ist sicher: Die Zukunftsfähigkeit der Höfe sichert nur, wer auch weiter investiert. Da unterscheidet sich die Landwirtschaft nicht von Industrie und Handel. Das sollte man zur Kenntnis nehmen.

Zweitens. Bis 2013 werden zusätzlich 90 Millionen € nach dem Health Check der EU einschließlich der Kofinanzierung an die Betriebe unseres Landes ausgezahlt. Anders als früher schicken wir kein Geld zurück nach Brüssel, und es fließt vor allen Dingen in die Problembereiche Milch und Grünland.

Drittens. Wir führen die Liquiditätshilfen für die in Schwierigkeiten geratenen Höfe, sozusagen einen Rettungsschirm für Bauernhöfe, weiter. Seit Juli dieses Jahres erhielten 1.083 Betriebe in Nordrhein-Westfalen 55 Millionen € an verbilligten Darlehen, auch davon drei Viertel für Milchviehbetriebe.

Wir freuen uns in Nordrhein-Westfalen über die Maßnahmen der neuen schwarz-gelben Bundesregierung zur Unterstützung der Landwirtschaft auch auf Initiative unseres Ministers Eckhard Uhlenberg, der insgesamt mit dafür gesorgt hat, dass 750 Millionen € in dem Bereich in ganz Deutschland in die Höfe fließen. 500 Millionen € fließen in den Bereich Milch und Grünland, weitere 200 Millionen € in den Bereich zur Stützung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung.

Meine Damen und Herren, wir sollten bei der ganzen Debatte, wenn wir uns über diese hohen Summen unterhalten, auch berücksichtigen, dass wir nach wie vor keine gleichen Wettbewerbsbedingungen wie unsere direkten Konkurrenten beispielsweise in den Niederlanden oder in Frankreich haben. Der Diesel kostet in den Niederlanden und in Frankreich erheblich weniger Steuern als ein paar Kilometer entfernt auf der anderen Seite: in Frankreich 0,6 Cent, bei uns 25 Cent. Da ist schon etwas getan worden, allerdings noch nicht genug.

Zum Komplex Agrar-/Umweltmaßnahmen: Wir verfahren auch weiter nach dem bewährten Muster. Es ist seit 2005 Grundsatz: Vertragsnaturschutz geht vor Ordnungsrecht. Wir haben einige Projekte besser ausgestattet als vor einigen Jahren. Ich nenne die Blühstreifen an den Feldrändern, den gewässerschonenden Gemüseanbau oder die Attraktivierung des Zwischenfruchtanbaus. Auch hierfür stehen etliche Mittel zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, die Erzeugerpreise befinden sich zurzeit am Boden. Aber eine zunehmende Bevölkerung wie auch eine steigende Qualitätsnachfrage werden dafür sorgen, dass es wieder

aufwärtsgeht. Unsere Landwirtschaft hat Zukunft, gerade in unserem Bundesland. Wir haben hervorragend aufgestellte Betriebe, eine starke Ernährungswirtschaft und einen riesigen Verbrauchermarkt vor der Haustür. Diese NRW-spezifischen Vorteile müssen und werden wir nutzen. CDU und FDP helfen dabei: realistisches und effektives Handeln statt Wolkenkuckucksheime der Opposition. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Ortgies. – Für die FDP-Fraktion hat sich Herr Ellerbrock gemeldet.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Anknüpfend an das, was der Minister zur Bedeutung des Verbraucherschutzes gesagt hat, hatte ich schon auf die Kalkulationssicherheit und drei neue Stationen hingewiesen.

Kollege Rimmel, anders als Sie sind wir nicht auf die Anzahl, sondern auf die Effizienz fixiert, zwar weniger Kontrollen, dafür aber risikobasiert und bei den Firmen, bei denen sich das Nachschauen lohnt, und nicht bei der Pommes-Frites-Bude, bei der es letztlich unerheblich ist. Nein, wir sprechen die Lebensmittelkontrolle völlig anders an.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

– Ein Kontrollassistent ist kein Lebensmittelkontrollleur, der Meister oder Techniker sein und zusätzlich noch eine Ausbildung haben muss. Aber auch das läuft. Ich meine, wir wären gut beraten, die Kommunen durch ein gemeinsames Votum aufzufordern, diese Menschen auch einzustellen, zumal sie in der ersten Zeit auch vom Land bezahlt werden. Das dürfen wir nicht vergessen.

Meine Damen und Herren, Landwirtschaft – der Minister hat es schon gesagt – ist heute etwas völlig anderes als früher. Heute fassen wir den ländlichen Raum als eigenständigen Lebens-, Entwicklungs- und Wirtschaftsraum und nicht als Restfläche für Deponien oder als ökologischen Ausgleichsraum auf. Mit dieser Disqualifizierung des ländlichen Raumes haben wir Schluss gemacht.

In den Beiträgen sowohl von Herrn Rimmel als auch von der SPD-Fraktion kam heraus, dass eine industrialisierte Landwirtschaft ein Moloch und etwas ganz Schlimmes sein muss. 1900 wurden rund vier Personen von einem landwirtschaftlichen Betrieb ernährt. 1950 waren es zehn Personen. 2006 ernährte ein Landwirt mehr als 120 Personen. Wie wollen wir unsere Leute bei qualitativ hochwertigen Lebensmitteln satt bekommen, wenn wir uns hier mit einem romantisierenden Bild verweigern?

Die „WELT am SONNTAG“ ist nicht gerade eine Zeitung, die diesen Umweltminister in besonderem Maße lobt und heraushebt.

(Christof Rasche [FDP]: „Herausheben“ tut sie ihn schon!)

Am 18. November 2009 wird unter der Überschrift „Bauern, zeigt euch!“ ganz klar gesagt, wie es weitergeht und wo die Probleme liegen. Ich zitiere:

Sie

– also die Verbraucher –

möchten hygienisch einwandfreie Produkte mit möglichst gleichbleibender Qualität und tragen dabei ein Trugbild ländlicher Idylle vor sich her. Landwirtschaft soll möglichst archaisch sein, ohne moderne Technik und industrielle Abläufe. Nur wenn die Archaik zu nahe kommt, wenn etwa im Urlaubsland ein Schaf am Straßenrand geschlachtet wird, dringen die Vorteile der Supermarktkultur ins Bewusstsein vor.

Alls dies ist durchaus verständlich. Wer in klimatisierten Büros

– zum Beispiel hier im Landtag –

arbeitet, entwickelt Sehnsüchte nach romantischen Gegenwelten. ...

500 Millionen EU-Bürger können nicht mit der Agrartechnik des 19. Jahrhunderts ernährt werden. Die Vorteile der modernen Landwirtschaft sind offensichtlich: Höhere Erträge, geringerer Flächenverbrauch, bessere Qualität, günstige Preise, mehr frische Ware, höchste Hygienestandards. Die Utopien der Großelterngeneration wurden verwirklicht. Unbestritten brachte dies einige hässliche Nebenwirkungen mit sich: eingesperrte Tiere, Missbrauch von Pestiziden,

– Fungiziden und Herbiziden –

Überdüngung.

Wir sind dabei, diese Fehlentwicklungen zu beseitigen. Diese Landesregierung ist dabei meiner Meinung nach ausgesprochen erfolgreich. Weiter heißt es – Zitat –:

Dennoch ist es eine Illusion zu glauben, früher wäre alles besser gewesen. Ein Blick auf die alten Schweinekoben im Dorfmuseum zeigt, dass Opas Bauernhof kein Streichelzoo war.

Es ist absurd und ungerecht, die moderne Landwirtschaft auf ihre Fehlentwicklungen zu reduzieren. Jeder volle Kühlschrank, jeder gedeckte Küchentisch, jeder Supermarkt ist eine Leistungsschau des Fortschritts.

(Horst Becker [GRÜNE]: Was liest der da?)

Eines Fortschritts, den man nicht verstecken muss, sondern auf den man stolz sein kann ...

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Dem ist wenig hinzuzufügen.



Ich möchte noch auf eine Bemerkung des Kollegen Remmel eingehen, die mich wirklich umtreibt. Kollege Remmel hat gesagt, wir hätten das Verständnis eines Ständestaates,

(Horst Becker [GRÜNE]: So seid ihr!)

weil wir als Regierung der Erneuerung

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der Ernüchterung!)

auch die Koalition mit der Wirtschaft suchen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Die gibt euch vor, was ihr machen sollt! In der freien Wirtschaft wärt ihr längst insolvent!)

Ja natürlich. Wir suchen doch nicht nur eine Koalition mit der Wirtschaft, sondern genauso auch eine Koalition mit den Naturschutzverbänden, der Landwirtschaft und den Gewerkschaften. Es ist doch wohl ganz selbstverständlich, dass wir versuchen, gemeinsame Handlungsfelder zu definieren und umzusetzen. Das hat mit der diskriminierenden Aussage „Ständestaat“ überhaupt nichts zu tun.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, an einem Punkt muss ich allerdings deutlich differenzieren: Die Kollegen von den Grünen haben über 20 Anträge gestellt. Der eine Antragspart läuft nach dem Motto: Wünsch dir was, allerdings unter drei Schwerpunkten: Umweltwirtschaft, Naturerbe erhalten und Verbraucherschutz. Das ist klar gegliedert.

Dabei haben Sie eine Pseudogegenfinanzierung aufgebaut: Landesgartenschauen sollen nicht mehr finanziert werden, die Landschaftskammer soll mit 10 Millionen € weniger in den Ruin getrieben werden, und der sogenannte Kiespfennig soll erhoben werden, sodass für jede Tonne Kies 1 € Abgabe bezahlt werden muss, gleich 60 Millionen €.

Meine Damen und Herren, haben wir uns eigentlich überlegt, was so ein Unsinn soll? Wer ist denn der größte Abnehmer von Kies und Sand, von Baustoffen? Das ist die öffentliche Hand. Das bedeutet: linke Tasche, rechte Tasche. Nein, so kann das nicht sein!

Dagegen hat es sich die SPD, wie erwartet, völlig unkontrolliert und ohne System leicht gemacht: Sie will die Landwirtschaftskammer nicht und will da 10 Millionen € streichen. Das ist ihr einziger Antrag. Das ist der geistige Hintergrund dieser Opposition, die sich anmaßt, den Minister zu kritisieren. Phantasie ist etwas, was man sich bei dieser Opposition überhaupt nicht vorstellen kann. Das ist bedauerlich. Sie sind Ihre Arbeit schuldig geblieben. Ich freue mich darauf, beim nächsten Haushalt zu diskutieren, wie wir unsere Arbeit fortführen können. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Wir beginnen mit dem **Änderungsantrag** der SPD **Drucksache 14/10247**. Wer stimmt dem Antrag zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Herr Sagel enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10280**. Wer stimmt dem zu? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP. Wer enthält sich? – Es enthält sich die SPD. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10281**. Wer stimmt dem zu? – Herr Sagel und die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Es enthält sich die SPD. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10282**. Wer stimmt dem zu? – Grüne und Herr Sagel. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10283**. Wer stimmt dem zu? – Grüne und Herr Sagel. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10284**. Wer stimmt dem zu? – Grüne und Herr Sagel. Wer enthält sich? – SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10285**. Wer stimmt dem zu? – Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – SPD, CDU und FDP sind dagegen. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10286**. Wer stimmt dem zu? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Herr Sagel und die SPD enthalten sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10287**. Wer stimmt dem zu? – Die Grünen. Wer enthält sich? – SPD und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10289**. Wer stimmt dem zu? – Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer

enthält sich? – Die SPD enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10288**. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Herr Sagel. Wer ist dafür? – Die Grünen sind dafür. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10291**. Wer ist dafür? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Herr Sagel und die SPD enthalten sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10290**. Wer stimmt dem zu? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. SPD enthält sich? – Die SPD enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10292**. Wer ist gegen diesen Antrag? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Wer ist für diesen Antrag? – SPD, Grüne und Herr Sagel sind für diesen Antrag. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10293**. Wer ist dafür? – Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Es enthält sich die SPD. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10294**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Die SPD enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10295**. Wer stimmt dem zu? – Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10296**. Wer ist für diesen Antrag? – Herr Sagel und die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand. – Auch da enthält sich die SPD. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10297**. Wer ist für diesen Antrag? – Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Die SPD enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10298**. Wer ist gegen diesen Antrag? – CDU und FDP. Wer ist dafür? – Grüne und Herr Sagel. Wer enthält sich? – Die SPD enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10299**. Wer ist gegen diesen Antrag? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD enthält sich. Wer

ist dafür? – Grüne und Herr Sagel sind dafür. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10300**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Herr Sagel und die SPD enthalten sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10301**. Wer stimmt dem zu? – Die Grünen und die SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Herr Sagel enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10302**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Die SPD enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10304**. Wer ist für diesen Antrag? – Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich die SPD? – Sie enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10303**. Wer ist gegen diesen Antrag? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD enthält sich. Wer stimmt dem zu? – Grüne und Herr Sagel stimmen diesem Antrag zu. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Damit sind wir am Ende der Einzelabstimmung.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung** zum Einzelplan 10 **Drucksache 14/10110**. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und Herr Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen** und der **Einzelplan 10 verabschiedet**.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 12**  
**Finanzministerium**  
**Einzelplan 20**  
**Allgemeine Finanzverwaltung**

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/10212, auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/10220 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den laufenden Nummern 121 bis 131 der Tischvorlage hin.

Es geht um die Teilbereiche „Allgemeine Finanzverwaltung“ und „Haushaltsgesetz“. Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Trampe-Brinkmann das Wort.